

ner-Truppe zur „Gewerkschaft der Volkspolizei“. Im März wollen die Reformer zum Gründungskongreß zusammentreten. Einer von ihnen: „Wir wollen künftig dem schönen Namen Volkspolizei gerecht werden.“

Mit der vielgerühmten „bedingungslosen Unterordnung unter Befehle der Polizeiführung“ (so die (Ost-)Berliner Zeitung) ist es an der uniformierten Basis länger schon vorbei. Auf Kundgebungen machen seit Anfang Dezember Tausende von Polizisten ihrer Wut auf die betonköpfige Obrigkeit Luft; 3000 von ihnen demonstrierten Ende letzten Monats in Leipzig und versprachen auf Transparenten, sie wollten künftig „Sicherheitspartner“ und nicht mehr „der Buh-Mann“ des Volkes sein.

Unter dem Beifall der Gründungsverammlung hatte Gewerkschaftsaktivist Kühner zu strenger Selbstreinigung sowie zur Entsorgung der zahlreichen „stalinistischen Strukturen“ bei der Polizei aufgerufen. Kühner: „Wir wollen Garantien dafür, daß unsere Uniformen nie wieder so beschmutzt werden können.“

Hilfe beim Aufbau ihrer neuen Massenorganisation bekamen die Vopo-Reformer weniger vom Gewerkschaftsbund der DDR. Die bisherige Standesvertretung stellte den Neu-Gewerkschaftern lediglich einen Raum und ein Telefon zur Verfügung. Um so mehr bauen Kühner und Genossen auf das Know-how von Kollegen jenseits der Mauer.

Im Dezember erschien im Schöneberger Büro der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein Oberleutnant von der Volkspolizei-Inspektion Marzahn, stellte sich als Mitglied der „Kooperationsgruppe Gewerkschaftlicher Neubeginn“ vor und suchte um Kontakte nach.

Seither gehen Vopos bei der GdP ein und aus. GdP-Obere referieren vor Gründungszirkeln im Osten über den Aufbau moderner Arbeitnehmervertretungen und weisen ihre DDR-Kollegen in Feinheiten des westlichen Tarif- und Beamtenrechts ein.

So raten die West-Polizisten ihren Ost-Brüdern, die nach DDR-Recht weder Beamte sind noch Kündigungsschutz genießen, nicht unbedingt in den Staatsdiener-Status zu drängen. Eine Verankerung der Polizei im nichtbeamteten Öffentlichen Dienst, vielleicht noch mit 100 Mark Zulage als Kompensation für einen Streikverzicht, sei doch viel lukrativer.

Auch die GdP-Konkurrenz vom Deutschen Beamtenbund blieb nicht untätig. Die stockkonservative Deutsche Polizeigewerkschaft, der zum DGB gehörigen GdP spinnefeind, offerierte den Aktivisten gleich einen kompletten Entwurf für die Satzung. Die Ost-Gewerkschaftsgründer allerdings wollen sich aus den West-Querelen heraushalten. Ein Teil-

nehmer: „Wir lassen uns nicht spalten und gegen die GdP einspannen.“

Anfangs stemmten sich vor allem Vopo-Offiziere gegen die Bewegung. Viele Kollegen, klagt Kühner, seien für ihre Gewerkschaftsaktivitäten „mit Bestrafung und Rausschmiß“ bedroht worden, etwa in Magdeburg, wo „die Betonschicht noch am dicksten ist“. Aber auch im Süden der Republik hätten Vor-



**Gewerkschaftsgründer Kühner**  
„In die Revolution einbringen“

gesetzte einige Kollegen mit „strengen Verweisen“ belegt.

Höheren Ortes hingegen wird die Gewerkschaftsbildung jedoch gefördert. Der neue Innenminister Lothar Ahrendt (PDS) ließ einen Oberstleutnant in die Koordinationsgruppe der Gründer abkommandieren und stimmte der Bildung von Personalräten zu. Per Runderlaß verfügte das Ministerium zudem, die Volkspolizisten sollten sich künftig untereinander nicht mehr als „Genosse“, sondern nur noch als „Herr“ titulieren.

CSU/DSU

## Prima Gespann

Die in Sachsen gegründete DSU profiliert sich – unter den Fittichen der CSU – als eine Art Bayern-Fanklub.

**W**enige Wochen nach der Wende in der DDR machte sich der Dachdeckermeister Dieter Scheuer, 40, aus Rüsseina im sächsischen Kreis Meißen auf den Weg nach West-Berlin, zur CDU-Fraktion im Schöneberger Rathaus.

Der politisch engagierte DDR-Bürger wollte den Christdemokraten seinen „Standpunkt darlegen“, daß in der DDR die „Zeit reif“ sei für eine „handfeste konservative Partei“. Doch er war noch nicht an der richtigen Adresse.

Ein Abgeordneter riet dem Polit-Pilger, „ich sollte mich an die CSU wenden, weil ich wahrscheinlich für die CDU zu weit rechts stehe“ (Scheuer). Der Handwerker befolgte den Rat, fuhr zu den Schwarzen ins oberfränkische Bayreuth und bekam „eine Menge Anschriften“. Mittlerweile gehört Scheuer, als Ortsvorsitzender, zur Deutschen Sozialen Union (DSU) des Leipziger Pfarrers Hans-Wilhelm Ebeling, 56.

„Sachsen und Bayern“, sagt der Dachdecker Scheuer nun, „haben ja früher immer schon zusammengearbeitet.“ Heute könnten CSU und die DSU „ein prima Gespann“ werden.

Zumindest haben es die Bayern glänzend verstanden, die neue DDR-Partei



**Wahlkämpfer Waigel, Ebeling: „Rat des Vaters“**



DSU-Wahlhelfer Wiesheu: Schulungskurse „total überlaufen“

unter ihre Fittiche zu nehmen – zu deren Nutzen, womöglich aber auch zu eigenen Zwecken: Schon hat der CSU-Politiker Peter Gauweiler, 40, im Landesvorstand die Idee vorgetragen, mit Hilfe eines Ablegers in der DDR die alte Idee von Franz Josef Strauß zu verwirklichen, die CSU außerhalb Bayern als „vierte Partei“ zu etablieren.

Wie das Treffen eines Bayern-Fanclubs nahm sich teilweise der Leipziger DSU-Wahlparteitag am vorletzten Sonntag aus. Etliche Delegierte erschienen mit alpenländischen Trachtenhüten oder weißblauen Rauten-Buttons am Revers. „Helft uns“, flehte Ebeling die Delegation von CSU-Chef Theo Waigel an, „der Sohn wird den Rat des Vaters annehmen.“

Die CSU habe jetzt, kommentierte die *Frankfurter Rundschau*, „endgültig den Schritt über Bayern hinaus gemacht, auch wenn die neue konservative Partei der DDR (erst mal) DSU heißt“.

Jedenfalls hat sich die Deutsche Soziale Union, zu der letzten Monat in Leipzig insgesamt zwölf konservative Splitterparteien unter kräftiger Beihilfe von CSU-Emissären verpreßt wurden, binnen kurzem prächtig entwickelt: vom „Ansprechpartner“ zur „Schwesterpartei“ der CSU.

Anders als Kanzler Helmut Kohls Christdemokraten, die sich der matten „Allianz für Deutschland“ – dem neuen Wahlbündnis von Ost-CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch – pauschal verbunden fühlen, pflegen Bayerns Christsoziale eine „besondere“ und „auf Dauer angelegte Partnerschaft“ mit der „eigenständigen“ DSU. Der Münchner Partei-Generalsekretär Erwin Huber hat „langfristig“ bereits „gemeinsame Ausschüsse und Kommissionen“ im Auge.

Die zupackende Art, mit der die bayerischen Paten ihren Zögling im Osten „materiell und personell“ (Huber) betreuen, stellt alle Anstrengungen der Kohl-CDU in den Schatten. Die Münchner Profis haben bereits 25 Tonnen Wahlkampfmaterial in die DDR karren lassen, darunter zwei Millionen Flugblätter und eine Million DSU-Grundsatzprogramme, die mit der bayerischen Vorlage fast identisch sind.

Für vier Wochen sind alle zwölf hauptamtlichen Wahlkreisgeschäftsführer der CSU in den DDR-Wahlkampf beordert worden. Ein halbes Dutzend Last- und Lautsprecherwagen aus München soll bei allabendlichen Großkundgebungen auffahren.

Eine besondere Ehre widerfährt dem DSU-Vorsitzenden Ebeling. Der Pfarrer, der sich dem verstorbenen CSU-Ministerpräsidenten Strauß besonders verbunden fühlt, soll diese Woche beim politischen Aschermittwoch der CSU in der Passauer Nibelungenhalle auftreten – als erster DDR-Gastredner in der Geschichte des Polit-Spektakels.

Zur Reise nach Passau will die CSU den DSU-Sympathisanten zehn Busse zur Verfügung stellen. Mehr schienen den Partei-Managern nicht angebracht – sonst „könnte man ja“, so Organisator Otto Wiesheu, „die Halle allein mit DDR-Bürgern füllen“.

Die beinahe familiär anmutenden Beziehungen zwischen der CSU und ihrem DDR-Partner werden durch politische und persönliche Nähe gestärkt. DSU-Anführer Ebeling, DSU-Generalsekretär Peter-Michael Diestel, ein smarterer Wirtschaftsjurist aus Leipzig, und DSU-Spitzenkandidat Hans-Joachim Walther, Mathematikprofessor im thüringischen

Ilmenau – sie alle stammten ideologisch, sagt Bayerns Ministerpräsident Max Streibl, „aus der gleichen Wurzel“ wie die CSU-Bajuwaren; sie seien mithin „eingefleischte Föderalisten“.

Das Gros der mittlerweile über 50 000 DSU-Mitglieder ist in den südlichen DDR-Regionen Sachsen und Thüringen beheimatet, wo DSU-Wahlkämpfer neben Schwarzrotgold auch sächsisches Weißgrün plakatieren. Und wie sich die Bayern durch die Main-Linie, ihren sogenannten Weißwurstäquator, von den westdeutschen Nordlichtern separiert fühlen, so kennen auch die DDR-Südstaatler eine Demarkationslinie „nördlich von Berlin“ (Diestel): Jenseits hausen jene eher kirchenscheuen Leute, die im Süden „Fischköpfe“ genannt werden. Im Wahlkampf werde er, berichtet der Dresdner DSU-Funktionär Hartmut Preiß, 39, mit „jeder zweiten Frage“ darauf angesprochen, „ob die DSU auch für einen ‚Freistaat Sachsen‘ kämpft“.

Generalsekretär Diestel teilt die Bayern-Begeisterung: „Dank CSU“ könne man das Alpenland „durchaus als Schlaraffenland der Bundesrepublik betrachten“. Diestel wünscht sich eine „noch stärkere Anlehnung“ an die Bayern-CSU als bisher.

Die CSU revanchiert sich für solche Sympathiebekundungen mit Hilfe der parteinahen Hanns-Seidel-Stiftung, die derzeit für die Schwesterpartei eine Geschäftsstelle in Leipzig einrichtet.

Die von der Stiftung angebotenen Polit-Schulungskurse im oberbayerischen Wildbad Kreuth und im fränkischen Kloster Banz sind bereits, so Geschäftsführer Wiesheu, „total überlaufen“. Einige Lehrgänge hätten bereits „ausgelagert“ werden müssen – in die DDR.

Berlin

## Dreck um die Ohren

Ost-Berlin vor dem Versorgungsinfarkt: Die Folgen von Mißwirtschaft, Personalnot und Verfall bedrohen auch den Westteil der Stadt.

**W**enn es lange nicht geregnet hat, ist im Osten Berlins von Zeit zu Zeit ein seltsames Naturschauspiel zu beobachten – die Spree fließt rückwärts.

Das Spektakel hat eine kommunalpolitische Ursache: Wegen des Raubbaus am Grundwasser muß ins Trinkwasser der Hauptstädter zunehmend Oberflächenwasser aus dem von der Spree durchströmten Müggelsee gemischt wer-